

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 31

spd/III/33

Hannover, 17. März 1948

Die am wenigsten haben

dt. Der Flüchtlingsbeirat beim Parteivorstand der SPD hat dieser Tage eine EntschlieÙung angenommen, die sich mit den dringlichsten Fragen des Flüchtlingsproblems befaÙt. "Vollkommene Gleichstellung, vorrangigste Forderung, bevorzugte Versorgung" - das ist die Sprache des Kommuniqués.

Man wird nachdenklich, wenn man die EntschlieÙung genau liest. Die darin ausgesprochenen Forderungen sind eigentlich Selbstverständlichkeiten und - das ist das Traurige daran - sie sind Selbstverständlichkeiten seit bald drei Jahren. Fast möchte man sich schämen, daÙ diese Probleme heute immer noch erst im Stadium der EntschlieÙungen sind, denn sie verdienten es, längst Selbstverständlichkeiten der täglichen Praxis zu sein. Zugleich sind die angeschnittenen Probleme nur ein Teil, nur ein Ausschnitt aus dem unentwegt grauen Alltag des Flüchtlings, wenn sie auch die brennendsten Sorgen darstellen.

Soweit die nackte Not überhaupt in Dringlichkeitsstufen eingeteilt werden kann, ist die Wohnungsfrage als das Problem anzusprechen, das am härtesten empfunden wird. Gewiß leiden darunter auch die Nicht-Flüchtlinge, aber auf keinem Gebiet sind die Lasten des verlorenen Krieges so ungleich verteilt wie auf dem des Wohnungswesens. Es gibt zwar in den meisten Ländern der Bizone Gesetze, die unangreifbar sind, weil sie in der Öffentlichkeit für die Öffentlichkeit gemacht wurden. Aber die Gesetze werden von Wohnungsämtern durchgeführt, an deren Schreibtischen herrscht das ungeschriebene Gesetz der Not. Man wird in jeder Stadt die meisten Einheimischen in Wohnungen finden, die in Fläche und Anzahl der Räume der heutigen Norm entsprechen oder sie, was aus technischen Gründen oft unvermeidbar ist, nur wenig überschreiten. Man wird aber nie - und Ausnahmen bestätigen die Regel auch hier - eine Flüchtlingsfamilie in Wohnverhältnissen finden, bei denen sich Anspruch und tatsächliche Lage die Waage halten. Die Erklärung liegt darin, daÙ der Einheimische vielleicht mehr zusammenrücken mußte, aber nie gezwungen war, auf Wohnungssuche zu gehen. Dem Flüchtling blieb aber immer nur der letztere Weg, wollte er dem Lager entkommen. Es ist eben so, daÙ der Einheimische von der uns noch verbliebenen kargen Substanz lebt, der Flüchtling aber nur von der deutschen Not. Selbst die Ausgebombten, soweit sie im Heimat-

ort geblieben sind, sind besser daran als der Flüchtling, weil leider die heimatliche Mundart zumeist auf den Wohnungswörtern mehr Gehör findet als der Dialekt des "Zugereisten", ebenso funktioniert die Privatinitiative für den Einheimischen besser als für den Flüchtling. Diese Mentalität ist bedauerlicherweise nicht nur in der Heimat Fischbachers zu finden, die Angst vor der "Überfremdung" ist überall dort zu Haus, wo die Decke nicht einmal für die Einheimischen reicht. Zwar werden diese Erscheinungen immer bestritten, aber sie sind durch noch so viele Dementis nicht aus der Welt zu schaffen.

Auch auf anderen Gebieten läßt sich sehr leicht nachweisen, daß der Flüchtling gegenüber dem Einheimischen, auch gegenüber dem Ausgebombten im Nachteil ist. Zu einer Zeit, als die Textilversorgung noch mittels des sogenannten Suchscheines vor sich ging, wurde in einer bayerischen Stadt (Bamberg) festgestellt, daß 95 v.H. aller nicht honorierten Suchscheine von Flüchtlingen stammen und nur 5 v.H. von Einheimischen. Das besagt, daß fast alle Einheimischen einen Textilkaufmann gefunden, der ihnen den Suchschein belieferte und daß fast kein Flüchtling instande war, seinen selbst vom Amt anerkannten notwendigen Bedarf zu befriedigen.

Die Reihe der Beispiele, wie ungleich schwerer der Flüchtling heute durchs Dasein kommt als der Einheimische, könnte beliebig lang fortgesetzt werden, aber Anklagen - und jede solche Aufzählung ist eine Anklage gegen das mangelnde Verständnis und gegen einen aus der allgemeinen Not meist erklärlichen Egoismus - würden nur dazu beitragen, die Kluft zu vertiefen, die nach drei Jahren zwischen den Ostvertriebenen und der einheimischen Bevölkerung besteht. Diese Zeilen sollen aber nicht dazu dienen, die Gegensätze zu verschärfen, an denen ja auch die Flüchtlinge nicht schuldlos sind; sie sind vielmehr zu dem Zweck geschrieben, denjenigen, die noch etwas haben und denjenigen, die darüber entscheiden, wer was bekommen soll, die Augen zu öffnen über demütigende Zustände, die in falsche Bahnen gelenkt, uns allen einmal schwer auf dem Gewissen liegen können. An ihnen liegt es, uns später einmal den Vorwurf zu ersparen, daß wir zu wenig getan haben, um die Tränen derer zu trocknen, die am wenigsten haben.

Jan Masaryks Ahnungen

M-B. New York, im März 1948

Im November 1947, als Jan Masaryk zur Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York war und nach Prag zurückkehrte, tat er, wie Helen Kirkpatrick in der "New York Post" berichtet, in einer Unterhaltung mit Leuten, die nicht genannt werden, einige merkwürdige Äußerungen - Äußerungen, die heute, nach seinem mysteriösen Ende, einen ganz besonderen Charakter annehmen.

Man unterhielt sich über die Möglichkeit eines Kommunistenputsches in der Tschechoslowakei und warnte ihn, da er ein Hindernis sein und darum beseitigt werden könnte. Masaryk war überzeugt, daß im Mai 1948 die Wahlen den Kommunisten "einen kleinen Verlust" bringen würden.

"Keinen zu großen, hoffe ich", sagte er, "denn sonst werfen wir Scheitern haben". Wie man sieht, haben die Kommunisten ebenfalls mit einem Verlust gerechnet, und wahrscheinlich mit einem großen, und so haben sie die Wahlen nicht abgewartet, sondern vorher losgeschlagen.

"Wenn wir über den Mai wegkommen", sagte Masaryk, "werden Benesch und ich, glaube ich, die Stärke der Kommunisten reduzieren oder doch mindestens auf dem jetzigen Stand von 38 Prozent halten können".
 Fast Mitte März! Benesch ist noch da, Jan Masaryk ist fort. Benesch, der Gefangene seiner eigenen Politik und seiner eigenen Zweifeltätigkeit, wird ohne Masaryk nichts tun, es sei denn, zum zweiten Mal zurückzutreten. Beneschs Format ist viel kleiner, als man im allgemeinen glaubt; derjenige, der wirklich sich mit Erfolg hätte in den Weg der Kommunisten stellen können, Masaryk, ist tot.

Masaryk wurde gefragt, ob es für ihn denn ratsam sei, nach Prag zurückzukehren. Man wies darauf hin, daß Antikommunisten so merkwürdig oft sonderbare Unglücksfälle zustießen; man warnte ihn vor etwaiger Verhaftung und Anklage wegen "Verschwörung mit ausländischen Diplomaten", die ja ebenfalls in "Volksdemokratien" an der Tagesordnung sind. Masaryk sagte: "Mein Platz ist in meinem Heimatland. Sie würden nicht wagen, mich anzuklagen oder zu ermorden, weil ich Thomas Masaryks Sohn bin. Wofür sollte ich mich aufsparen? Mein Volk würde es nicht verstehen, wenn ich wegliefe".

"Über man kann Sie ja an Lungenentzündung oder an Herzschlag sterben lassen", sagte man.

Masaryk erwiderte: "Ich bin nicht unsterblich. Eines Tages werde ich sterben müssen; aber ich verspreche auch, daß ihr, wenn es dahin kommt, einfahren werdet, wie und warum ich sterbe".

Wird eines Tages eine zuverlässige Meldung, sei es Masaryks selber oder eines Eingeweihten kommen, die seinen Tod erklärt, das Rätsel lösen? Was hat Masaryk damals geahnt? Daß man ihn schließlich doch umbringen werde, oder daß er es eines Tages für nötig finden werde, freiwillig zu sterben, um gegen die Kommunisten zu zeugen? Eines ist sicher: Die von der jetzigen Tyrannie in Prag verkündete Besart, Masaryk sei durch die Angriffe und Vorwürfe seiner ausländischen Freunde zum Freitod getrieben worden, ist falsch und bestimmt, das Gesicht der Herren zu retten und der unheilvollen Wirkung des Todes auf die Bevölkerung entgegenzuarbeiten. Masaryk ist entweder ermordet worden oder er hat sich gelötet, um den Usurpatoren einen Schlag zu versetzen, um die fascisto-kommunistische Klique vor seinem Volk und vor der Welt anzuklagen.

Ellenhauer zum Internationalen Frauentag

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD schreibt:

„Die Mauern des Hasses, des Mißtrauens und des Zweifels, die die verbrecherische Politik der Hitlerdiktatur an den Grenzen Deutschlands errichtet hat, beginnen zu fallen. Die sozialistischen Frauen wollen durch den Internationalen Frauentag die Frauen und Mädchen der Völker Europas wieder zusammenführen zu gemeinsamen Zielen und zu gemeinsamem Handeln.

Die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands können sich wieder frei und öffentlich zu den Idealen des demokratischen Sozialismus, zu Völkerfrieden und Völkerverständigung bekennen. Die Zahl unserer Veranstaltungen, die Zahl ihrer Besucher und der Geist dieser Kundgebungen werden beweisen, daß es in Deutschland viele Frauen gibt, die in den internationalen Zielen der sozialistischen Bewegung Sinn und Inhalt ihres Lebens sehen und die bereit sind, für die Durchsetzung dieser Ziele zu arbeiten und zu kämpfen, damit alle Völker in Wohlstand und Frieden leben können. Alles, was wir als Partei erreichen wollen, muß hervorgehen aus unserer eigenen Kraft. Auch die internationale Gemeinschaft, der der Internationale Frauentag gewidmet ist, kann nur Wirklichkeit werden, wenn sie sich gründet auf der ständigen tätigen Bereitschaft der Millionen von sozialistischen Frauen in allen Ländern.

So soll der Internationale Frauentag 1948 nicht nur ein Bekenntnis sein zu unseren internationalen Ideen, nicht nur ein Gruß der Freundschaft an die sozialistischen Frauen des Auslandes, sondern auch ein Ansporn zu neuer, gesteigerter Aktivität für die deutsche Sozialdemokratie“.

Sokolowski und die DP

sp. Marschall Sokolowski hat auf der letzten Kontrollratssitzung die „Deutsche Partei Niedersachsen“ als den sichtbaren Beweis der Duldung antidemokratischer und aggressiver Kräfte in den Westzonen zitiert. Damit hat er dieser Partei zuviel Ehre angetan, aber er hat sie im wesentlichen richtig gekennzeichnet: Die Deutsche Partei ist nationalistisch und auch reaktionär, sie bietet aber nur eine geringe Gefahr für die demokratische Entwicklung der Westzone, ihre Führer haben sie allzu oft mit dem Odium der Lächerlichkeit belastet. Die Niedersächsische Landespartei - dies der Name, der ihr gemäß ist - liebt den Ton, der uns in schlechtester Erinnerung ist. In der Lebensbeschreibung ihres Führers heißt es u.a.:

- „Der Menschenschlag an der Wasserkante ist sturargewohnt. Und man weiß es hier von Urzeiten her: Wenn die paar Planken unter den Füßen schier zerbersten wollen, oder wenn die Flut den Deich zu sprengen droht, dann hilft nur noch ein klarer, ruhiger Kopf und ein gläubiges festes Herz. Heinrich Hellwege gehört zu diesem Menschenschlag - und man fühlt sich an den Ausspruch eines niedersächsischen Dichters erinnert: Wenn aber das Urmaul dieses

Landes zu reden beginnt, dann offenbart es dessen innerstes Wesen und dessen letzte Geheimnisse".

Das innerste Wesen der NLP ist Gedankenarmut, ihr letztes Geheimnis Verteidigung des durch den Krieg geretteten Besitzes. Aus ihrem Kreis stammen Schmähgedichte gegen die Flüchtlinge, die Masse ihrer etwa 400.000 Wähler dürfte besonders viele mehr oder minder politische Belastete aufweisen. Freilich hat die hannoversch-föderalistische Tradition auch einige Antifaschisten geboren, die allerdings nur schwach in Erscheinung treten. Die dumm-kreisten Versuche einer Annäherung an England wurden kühl und ablehnend behandelt, obwohl oder vielleicht weil die NLP von "der tausendjährigen Niedersächsischen Mission" sprach, die darin bestehe, "als Übergangsbrücke und Bindegelenk zur angelsächsischen Welt" zu wirken. Den gleichen Eindruck machte die Behauptung, "das britische Weltreich steht heute als Frucht der innigen Vermählung von individualistischer Idee und weltlich-demokratischer Königs-idee vor unseren Augen". Als die "Auferstehung Niederdeutschlands" und das Angebot eines Paktes an England nicht einmal mit einem Zeitungskommentar gewürdigt wurden, warnte sich die NLP enttäuscht ab und einen höchst empfindlichen und ganz unswideutigen Nationalismus zu.

Selbstverständlich ist die NLP gegen jede Bodenreform, bei der praktisch etwas herauskäme und für die konfessionelle Schule. Die impulsive und aufschlußreiche Wendung "selbst das von ihnen so geschmähte Dritte Reich" mit der sich kürzlich ein Abgeordneter der ALP an die Linke wandte, steckte denen, die sich über diese Partei noch im Unklaren waren, ein Licht auf. Freilich hindert die provinzielle Beschränktheit ihres Programms die NLP, jemals über eine gewisse geringe Zahl von Anhängern hinauszukommen, wenn es nicht ein russischer Marschall unternimmt, für sie Propaganda zu machen. Oder sollte an dieser Stelle die Absicht bestehen, die chauvinistischen Kräfte Deutschlands zu stärken?

(B.8/73/1/hs)

Um die Erweiterung der VVN

sp. Wie aus den VVN-Nachrichten hervorgeht, diskutiert man eifrigst die Erweiterung des Kreises der Verfolgten in der VVN. Worin diese Bemühungen zielen, dürfte unschwer zu erraten sein. Der bisherige Kreis der Mitglieder ist den kommunistischen Drahtziehern in der VVN zu klein. Man will mehr Mitglieder, aber natürlich nur solche, die sich für die Begünstigung der Mitgliedschaft dankbar erweisen, also mit den Kommunisten gehen. Die erwarteten Bestrebungen würden die Anzahl der Verfolgten um ein Vielfaches erweitern, vermutlich stoßen zu diesen noch die "Fördernden Mitglieder" und der Versuch, auf dieser Basis endlich an die "Einheit" heranzukommen, wäre um einen beträchtlichen Schritt vorwärts gekommen. Die Kommunisten überschauen aber dabei, daß jene Verfolgten, die aus anderen Gründen als aus parteipolitischen zur VVN gestoßen sind, recht bald mit solchen Manövern die Augen über die wahren Absichten der KP innerhalb der VVN aufgehen werden.

(B.1/173/1/hs)

Überparteilich mit kommunistischen Vorsitz

sp. Ein prägnantes Beispiel der so viel gepriesenen Überparteilichkeit der VVN gab der Kreis Mettmann der VVK, der angeblich 600 Mitglieder zählt. Wie aus einem Bericht der VVK-Nachrichten von 24.1.1948 hervorgeht, wurde dort einstimmig folgender Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Wilhelm Knebel (KP), 2. Vorsitzender Karl Vögler (KP), Schriftführerin ist ein Fräulein Maiswinkel (SPD).

(B.1/173/1/hs)

Beiden wäre geholfen

sp. Von politischen Flüchtlingen aus der Ostzone wird häufig der Vorschlag gemacht, für einen jeden solchen Flüchtling einen Kommunisten im Austausch nach dem Osten abzuschicken. Die Kommunisten müßten doch - nach allem, was man von ihnen über die Ostzone hört - froh sein, dort hinzukommen. So wäre beiden geholfen. Der Vorschlag ist wirklich unter mehr als einem Gesichtspunkt reizvoll. Es ist nur bedauerlich, daß er sich praktisch kaum durchführen läßt.

(B.1/173/1/hs)

Die Deckadresse des SNB

sp. Nicht zu Unrecht wird das Sowjetische Nachrichtenzentrum (SNB) auch in der Ostzone selbst, als verlängerter Arm der NKWD bezeichnet. Durch die Nebenstellen des SNB, die sich in allen größeren Städten der Ostzone befinden, wird eine ständige Kontrolle des gesamten öffentlichen Lebens durchgeführt. Auch einzelne Personen werden in Rahmen ihrer Tätigkeit kontrolliert. Zur Tarnung reist das SNB unter dem zweiten Titel "Institut für sozialökonomische Probleme". Die Bezahlung der deutschen Angestellten wird von der Finanzverwaltung des Instituts für sozialökonomische Probleme, Berlin N, Parkstr. 17 durchgeführt. Die festangestellten Journalisten und Redakteure erhalten durchweg monatlich etwa 1200 RM. Die ohne Zweifel hohen Steuerabgaben werden auch hier, nach beliebiger Manier der Ostzone, in Gestalt von Prämien zurückgegeben. Der monatliche Prämienatz beträgt 520 RM, so daß die Steuern reichlich gedeckt sind.

(B.1/173/1/hs)